



Berlin, 12.05.2020

Neuer Schwung für die Wärmewende Vorschläge für einen offensiven Ausbau grüner Wärmenetze¹

Kurzfassung

Mit dem Ausstieg aus der Kohle braucht es neue Lösungen für die Wärmeversorgung, insbesondere in Ballungsräumen. Grundvoraussetzung für ein Gelingen der Wärmewende ist die Minimierung des Energieverbrauchs bei Gebäuden und die sozialverträgliche Sanierung des Gebäudebestands. Darüber hinaus braucht es jedoch ebenso dringend **Investitionen in grüne Wärmenetze**, mit dem Ziel, diese zügig zu dekarbonisieren und eine **Umstellung von Kohle auf erneuerbare und klimaneutrale Wärme**¹ voranzutreiben.

Die Notwendigkeit, nach der Corona-Krise die Konjunktur wieder in Gang zu bringen, muss mit der Notwendigkeit zusammengebracht werden, **dass staatliche Impulse immer zugleich Innovation und Klimaschutz bringen**. Bei Investitionen in die Wärmewende ist das der Fall. Wir, ein übergreifendes Bündnis aus den Bereichen Klimaschutz, Gewerkschaften, Unternehmen und Verbänden, schlagen daher ein konjunkturstimulierendes Förderprogramm für grüne Wärmenetze vor, das es Menschen ermöglicht, ihre Wärmeversorgung aus erneuerbaren oder klimaneutralen Quellen zu beziehen und auf Wärme aus fossilen Energien zu verzichten. Das Förderprogramm soll abzielen auf

- eine zügige Erhöhung der Menge an erneuerbarer und klimaneutraler Wärme in bestehenden Wärmenetzen,
- den Umbau der bestehenden Wärmenetze mit dem Ziel, die Aufnahme von erneuerbarer und klimaneutraler Wärme zu gewährleisten, zum Beispiel für Temperaturabsenkungen im Netz und bei Anwendern,
- eine Erhöhung der Menge an erneuerbarer und klimaneutraler Wärme in Neubaunetzen durch Verbreiterung und bessere Ausstattung z. B. der Programme *Wärmenetze 4.0* und *Energieeffiziente Wärmenetze*,
- die Wärmenetzverdichtung für eine bessere Durchdringung mit erneuerbarer und klimaneutraler Wärme,

¹ Klimaneutrale Wärme umfasst die Nutzung von Abwärmepotentialen, etwa industrielle Abwärme, Abwasser- oder Flusswasserwärme

- Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der Kommunen, damit diese eine hochwertige und umsetzungsorientierte Wärmeplanung einführen und umsetzen können sowie eine Förderung der Wärmeplanung selbst,
- Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte zur Sicherung hoher Qualitätsstandards,
- den breiteren Einsatz von Wärmespeichern und PtH-Anlagen, zum Beispiel E-Heizer und Groß-Wärmepumpen,
- Technologieentwicklung durch Sprinterprämien.

Bei der Vergabe gelten sozial-ökologische Mindeststandards. Das Programm trägt zudem dazu bei, die Verpflichtung aus Art. 23 der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED II) umzusetzen, den jährlichen Anteil erneuerbarer Energien an der Fernwärme um mindestens 1,1 Prozent zu erhöhen.

Einleitung

Die Wärmewende ist ein wichtiger Teil der Energiewende und des Klimaschutzes. Im Zuge einer klimaorientierten Modernisierungspolitik kann sie Klimaschutz und Wirtschaft gleichermaßen stärken. Das gilt umso mehr, als es zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise darum geht, konjunkturelle Förderprogramme zur Modernisierung der Wirtschaft und der Infrastruktur sowie zum Erhalt und Aufbau von Arbeitsplätzen zu nutzen.

Das Ziel eines spätestens 2050 klimaneutralen Gebäudebestands bietet hierfür den Rahmen und ergibt sich unmittelbar aus dem Klimaschutzgesetz wie auch aus dem Paris-Abkommen. Die Minderung des Heizenergiebedarfs der Gebäude ist jedoch insgesamt und auch in den Großstädten in den letzten zwanzig Jahren kaum vorangekommen. Deshalb ist zentral, dass sich die Politik die energetische Modernisierung der Bestandsgebäude zu ihrer Aufgabe macht.

Komplementär geht es darum, Wärme in immer größerem Umfang aus klimaneutralen und erneuerbaren Energien bereitzustellen. Hier kommt insbesondere in Ballungsgebieten den Wärmenetzen eine besondere Bedeutung zu. Bei der Transformation von KWK-Fernwärmesystemen muss die Transformation der Kohle-Anlagen schon heute über Gas hinausgehen und auf klimaneutrale Energieträger abzielen.

Wärmenetze sind dabei ein wichtiger Bestandteil, ganz besonders im Gebäudebestand der Ballungsräume aber auch im ländlichen Raum, wo sie klimaneutrale und erneuerbare Wärme an die einzelnen Gebäude verteilen können.

Für eine erfolgreiche Wärmewende und eine qualitativ hochwertige Umsetzung von Maßnahmen sind ausreichend Fachkräfte notwendig.

Deshalb muss bei der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen im Bereich der Wärmenetze auf gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung nach Tarif geachtet werden und begleitende Qualifizierungsinitiativen gestartet werden. Dies sind wichtige Voraussetzungen für die langfristige Fachkräftesicherung und gute Arbeit im Bereich der Wärmenetze.

Wärmenetze bringen die Wärmewende zu den Menschen

Es geht darum, Wärmenetze in Stadt und Land zu erhalten, um- und auszubauen und sukzessive mit klimaneutraler und erneuerbarer Wärme zu füllen. Dadurch kann erheblich CO₂ reduziert werden.

Wärmenetze müssen einen Ausgleich zwischen verschiedenen Nutzerprofilen bieten und ebenso die Möglichkeit, flexibel und angebotsorientiert verschiedene Erzeugungseinheiten nach örtlichen Gegebenheiten einzubinden. Hierbei sollten die unterschiedlichsten Potentiale genutzt werden, von Abwärme über Solarthermie, Geothermie bis hin zu geringer werdenden Anteilen von KWK-Wärme. Wärmenetze sind ein Teil der öffentlichen Infrastruktur. Sie werden von kommunalen Stadtwerken aber auch von lokal verankerten Bürgerenergiegenossenschaften betrieben, teils Hand in Hand in der Betriebsführung, und dienen so dem Gemeinwohl.

Im Bestand beliefern Wärmenetze nicht selten eine große Vielzahl von Abnehmern aber auch gewerbliche und industrielle Kunden mit Wärme. Hier geht es darum, die Wärmequelle im Sinne der Klimaneutralität sukzessive umzustellen. Hierzu dienen – neben direkten erneuerbaren Wärmequellen – PtH-Anlagen (E-Heizer, Groß-Wärmepumpen) und Wärmespeicher.

Auch im Neubau können Wärmenetze einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten – insbesondere wenn Bestandsgebäude integriert werden – und die Wärmequelle und die Gebäude unmittelbar aufeinander abgestimmt werden können.

Der Förderansatz

Die offensive Förderung von erneuerbaren und klimaneutralen Wärmenetzsystemen ist notwendig, weil die Wärmewende aufgrund ihrer Komplexität nicht ohne weiteres gelingen wird. Deshalb bedarf diese Förderung unterschiedlicher Instrumente, die sich in den nachstehenden Förderschwerpunkten widerspiegeln:

- An erster Stelle steht, mehr erneuerbare und klimaneutrale Wärme in bestehende und neue Wärmenetze zu bringen. Die bestehenden Ansätze wie im Kohleausstiegsgesetz (**EE-Bonus**) sind zu zaghaf und schließen einige EE-Technologien sogar aus.
- Bestehende große Wärmenetzsysteme in Ballungsräumen müssen nicht zuletzt großflächig umgebaut werden, um klimaneutrale und erneuerbare Wärme aufzunehmen, zu transportieren und für die Kunden nutzbar zu machen. Oft sind Temperaturabsenkungen nötig, im Netz ebenso wie bei den Anwendern. Temperaturabsenkung ist aber kein Allheilmittel; vielmehr geht es darum, die neue Wärmequelle und die Verbraucher aufeinander abzustimmen. Deshalb bedarf es zügig einer **Förderung für effiziente Wärmenetze**, die auch die Aspekte des Umbaus adressiert.
- Das bestehende Programm "**Wärmenetze 4.0**" ist zu eng ausgelegt und enthält vielfach unrealistische Förderbedingungen (zum Beispiel für Bioenergie). Es sollte auf eine breitere Basis gestellt und besser ausgestattet werden.
- Einschlägige KfW-Programme (z. B. Erneuerbare Energien Premium - Finanzierung von Maßnahmen zur Nutzung Erneuerbarer im Wärmemarkt) und das Programm "**Energieeffiziente Wärmenetze**" aus Baden-Württemberg sollten verstetigt und in der Abwicklung noch verschlankt werden.
- Die Wärmenetzverdichtung in Ballungsräumen ist wichtig für eine bessere Durchdringung des Gebäudesektors mit klimaneutraler und erneuerbarer Wärme. Es empfiehlt sich hier die **Förderung von Hausanschlüssen**, um erneuerbare und klimaneutrale Wärme attraktiver zu machen.

- **Kommunale Wärmeplanung** scheitert heutzutage zu oft an der zu geringen Ausstattung der Kommunen mit Fachkräften und nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, ist jedoch ein Schlüssel für die Dekarbonisierung der Wärmenetze. Die Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der Kommunen und die Förderung der Wärmeplanung selbst sollen dazu beitragen, eine hochwertige Wärmeplanung einführen und umsetzen zu können. Dies gilt zum Beispiel für die gezielte Ermittlung von EE-Wärme- oder Abwärmepotentialen in Wärmekatastern (Wärmebedarfspläne, Wärme-landkarten). Auch könnten Kosten eingespart werden durch Verzahnung der Wärmenetzplanung und der Breitbandversorgung im ländlichen Raum, etwa durch Mitverlegung von Leerrohren für Glasfaserkabel u. ä.
- Der breitere Einsatz von Wärmespeichern und PtH-Anlagen würde helfen, deutlich mehr ansonsten abgeregelten EE-Strom in ein Wärmesystem zu integrieren (Nutzen-Statt-Abregeln). Die bisherigen Förderansätze wie im Kohleausstiegsgesetz (**pth-Bonus**) sind zu halbherzig und sollten auf eine breitere Basis gestellt werden.
- Zwar sind Wärmetechnologien in der Regel gut in den Markt eingeführt; jedoch bestehen nicht selten Skalierungslücken. So gab es in der Vergangenheit beispielsweise für Groß-Wärmepumpen kaum oder keine Anwendungsfelder. Eine zeitlich begrenzte „**Sprinterprämie**“ zur Realisierung von Skalierungssprüngen kann die Wärmewende entscheidend beschleunigen.

Das vorgeschlagene neue Förderprogramm soll dazu beitragen, Art. 23 der Erneuerbaren Energien Richtlinie (RED II) konsequent umzusetzen. Das spätestens am 30.06.2021 zu implementierende Maßnahmenbündel sieht eine jährliche Erhöhung des durchschnittlichen Anteils von erneuerbaren Energien im Wärmebereich um mindestens 1,1 Prozentpunkte bis 2030 vor.

Ein zentraler Ansatzpunkt für die Nutzung von Großwärmepumpen oder PtH in Wärmesystemen ist zudem die **Weiterentwicklung des Systems für Abgaben und Umlagen auf Strom**. Die in Verbindung mit der Einführung des BEHG vorgesehene Absenkung der EEG-Umlage ist ein erforderlicher erster Schritt.

Unterzeichner: 8KU GmbH, Deutsche Umwelthilfe e.V., EWS Elektrizitätswerke Schönau eG, Klima Allianz Deutschland, ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Verband kommunaler Unternehmen e.V.